Nr. 349. 46. Jahrgang Abend-Ausgabe Mittwoch, 11. Juli 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Eine neue Sitzung des Kronrats.

In der deutschen Presse wird gegenwärtig vielfach mit weit größerer Heftigkeit und Dringlichkeit die Frage diskutiert, ob Herr v. Bethmann Hollweg Reichskanzler bleiben solle, könne und werde, als die Frage der inneren Neugestaltung. Wir wiederholen, daß uns diese letztere Frage erheblich mehr interessiert als die erstere, und daß es uns auf die Erneuerung des Staatsgebäudes ankommt, nicht auf einen Bewohnerwechsel im Kanzlerpalais. Aber wir möchten auch wiederholen, daß uns ein Verbleiben des Herrn v. Bethmann Hollweg in seinem Amte **nur möglich erscheint, und auf die Dauer nur dann ersprießlich sein kann, wenn Herr v. Bethmann Hollweg die ihm von der Reichstagsmehrheit vorgelegten innerpolitischen Forderungen annimmt und in loyaler Weise ausführen will.** Es genügt wirklich nicht, daß Herr v. Bethmann Hollweg jetzt die preußische Wahlrechtsvorlage schon für den Herbst ankündigt. Ganz abgesehen davon, daß dann erst noch das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus über diese Vorlage abzustimmen haben werden, ist selbst eine baldige Verwirklichung dieser Reform, selbst eine baldige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, nicht mehr allein ausreichend. Niemand wird verkennen, daß auch bei diesem Schritt Herr v. Bethmann Hollweg schon sehr große Widerstände zu überwinden hatte und noch zu überwinden hat, aber wir haben uns, wie er es ja selber eines Tages empfahl, die Sentimentalitäten abgewöhnt und es gilt heute nur, die Tatsachen, die Situation und die aus ihr sich ergebenden Notwendigkeiten zu betrachten. Eine solche, völlig unsentimentale und nüchterne Betrachtung lehrt, daß der eigentliche Schwerpunkt des Problems heute nicht in Preußen, sondern im Reiche liegt, daß die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen nur eine, schon selbstverständliche, Aufgabe neben anderen ist, und daß nur derjenige Deutschland vor Erschütterungen und immer erneute Krisen bewahren kann, der energisch, mit klarem Blick und fester Hand, die Neuverteilung von Macht und Verantwortung im Reiche unternimmt. Ob man das nun „parlamentarisches System" nennen oder ob man einen anderen Namen dafür erfinden will, ist gänzlich gleichgültig. Ebenso gleichgültig ist es, ob dabei zunächst auch im Parlament unerfreuliche Begleiterscheinungen sich zeigen, die bei einer solchen Neuordnung nie auszubleiben pflegen. Es kommt darauf an, dem deutschen Volke zu zeigen, unzweideutig zu zeigen, daß von jetzt ab die von ihm gewählte Volksvertretung an der Regierung teilnimmt, und daß die Regierung ohne das klar bekundete Vertrauen der Volksvertretung nicht im Amte bleiben, ohne die Zustimmung der Volksvertretung nicht abgesetzt oder erneuert werden kann. Es kommt darauf an, dem Volke die Ueberzeugung zu verschaffen, daß es nicht mehr durch unerforschliche Entschließungen einer im verborgenen waltenden Obrigkeit regiert wird, sondern unter der öffentlichen, direkten Beteiligung und Mitverantwortung seiner parlamentarischen Vertrauensmänner. Ist Herr v. Bethmann Hollweg bereit, ohne Zögern diese Reform zu verwirklichen, die das deutsche Volk endlich allen anderen Kulturvölkern auch politisch gleichstellen und durch Ueberbrückung einer gewaltigen geistigen Kluft die Stellung Deutschlands gegenüber dem Auslande unsagbar verbessern und erleichtern würde, so wird die Mehrheit des Reichstags keine Veranlassung haben, seinen Rücktritt zu wünschen. Glaubt Herr v. Bethmann Hollweg aber, gestützt durch das kaiserliche Vertrauen, dieser Aufgabe mit halben Maßregeln und mit unbestimmten Zukunftsversprechungen ausweichen zu können — und es hat den Anschein, daß er das glaubt —, so wird er schwerlich noch lange an der Spitze der Reichsgeschäfte stehen können, die Kanzlerkrise wird weiter dauern, und die allgemeine politische Krise, in steigendem Maße, ebenfalls. Wie wir im heutigen Morgenblatte sagten, kann Herr v. Bethmann Hollweg, nach dem Ergebnis der nichtparlamentarischen Besprechungen und nach der Stellungnahme des Kaisers, seine Situation gewiß für gesichert halten. Aber diese Sicherheit bleibt, wenn er das Programm der Reichstagsmehrheit zu umgehen versucht, eine sehr zweifelhafte Sicherheit.

Daß der Augenblick zu allerhand Intrigen im Interesse verborgener Kandidaten ausgenutzt wird, ist selbstverständlich. Man nennt in allen Ecken der Reichstagshallen und überall, wo politisch informierte Personen zusammenkommen, diejenigen, für die „gearbeitet" wird, und man weiß, daß dieser oder jener Parlamentarier, dieses oder jenes Blatt, und auch dieser und jener Minister auf allerlei Umwegen für bestimmte Kandidaturen wirkt. Wer ehrlich die Sache will, hält sich von all diesem üblen Kram, all diesen dunklen Bestrebungen fern. Es kann sich für ihn nicht darum handeln, Herrn v. Bethmann Hollweg zu stürzen, es kann sich vor allem nicht darum handeln, ihn im Interesse irgendeiner anderen Persönlichkeit zu stürzen, sondern es handelt sich nur darum, im Deutschen Reiche mit einer Regierungsmethode ein Ende zu machen, die ein Hindernis für eine gesunde Auslandspolitik und eine Gefahr für die innere Entwicklung geworden ist.

* * *

Sturmerfolg an der Yser.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt des Marinekorps stürmten gestern Teile der kampfbewährten Marineinfanterie nach planmäßiger, wirkungsvoller Feuervorbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, seit kurzem von Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Lombartzyde.

Der Feind wurde über die Yser zurückgeworfen.

Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingebracht worden; die englischen Verluste in dem stark beschossenen Gelände zwischen Meer und Fluß sind sehr hoch, die Beute steht noch nicht fest.

Wieder trugen unsere Flieger in tatkräftigster Weise trotz heftigen Sturmes zu dem vollen Erfolge des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischen Wetters die Gefechtstätigkeit in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmen von sächsischen, rheinischen und Gardetruppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Maas und Mosel zeitigten gute Ergebnisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Die Bewegungen südlich des Dnjestr sind bisher wie geplant vollzogen worden.

Mazedonische Front.

Bulgarische Streifabteilungen rieben östlich des Dojran-Sees einen englischen Posten auf. In der Struma-Ebene schoß die englische Artillerie mehrere Ortschaften in Brand.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff. (W. T. B.)

Der Kronprinz beim Kaiser.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.)

Im Anschluß an den gestrigen Kronrat hat Seine Majestät heute in neunstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers trifft morgen der Kronprinz zur Besprechung der von Seiner Majestät in Aussicht genommenen Entscheidungen hier ein.

Eine neue Sitzung des Kronrats.

Gegen ein Uhr wurde im Reichstag die Nachricht bekannt, daß um 12 Uhr im Reichskanzlerpalais eine neue Kronratssitzung im Beisein des Kronprinzen begonnen hat. Weiter verlautete, daß Nachmittag die interfraktionellen Besprechungen aufgenommen werden sollen.

Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 11. Juli.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling hat plötzlich seinen Sommerurlaub in Ruhpolding unterbrochen und ist heute vormittag vom König in einer längeren Audienz empfangen worden. Daß diese Rückkehr und der Empfang des Grafen Hertling mit der politischen Krisis zusammenhängt, darüber braucht kein Zweifel zu bestehen. Ob aber auch ein Zusammenhang mit den Gerüchten besteht, die Hertling als Nachfolger Bethmann Hollwegs nennen, läßt sich im Augenblick noch nicht beurteilen. Diese Audienz dürfte auch in der Hauptsache den Zweck verfolgen, eine Aussprache mit dem König herbeizuführen, bevor der Ministerpräsident als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in den nächsten Tagen nach Berlin reist, um dort, wie hier verlautet, den Bundesratsausschuß einzuberufen.

Die Situation im Reichstage.

Im Reichstage entwickelte sich heute erst in den späteren Vormittagsstunden reges Leben. Um 9 Uhr früh waren die Räume noch öde und verlassen, und nur im Lesezimmer hatten sich etwa zwei Dutzend Abgeordnete eingefunden. Allmählich aber wurde es voller und voller, und in der Wandelhalle sah man größere und kleinere Gruppen im eifrigen Gespräch. Diese Gruppen waren durchaus interfraktionell gemischt; Zentrumsleute, Fortschrittler, Sozialdemokraten pflogen lebhafte Unterhaltungen. Besonders die Abgeordneten Spahn und v. Payer, die gestern vom Reichskanzler empfangen worden sind, wurden von den Parlamentskollegen mit Fragen über ihre Beurteilung der Lage bestürmt. Von den Nationalliberalen und den Konservativen waren nur wenige Mitglieder im Hause.

An der Ausschußtafel ist noch eine Sitzung des Ausschusses für das Wohnungswesen angezeigt. Durch die Fraktionstafel werden nur die Nationalliberalen zu einer Fraktionssitzung und zwar nach dem Plenum eingeladen. Der Hauptausschuß ist auch noch nicht wieder einberufen und wird erst nach der Klärung der Lage und nach Beendigung der Regierungskrise seine Beratungen fortsetzen. Heute dürfte keine Sitzung mehr stattfinden. **Die Vertreter der Fraktionen sind mit ihren Besprechungen fertig.** Der **Wortlaut der Friedenskundgebung ist festgestellt,** und die Mehrheit scheint entschlossen zu sein, **auch ohne die Nationalliberalen** ihren Weg fortzusetzen, da für die geplante Aktion auch so eine Mehrheit vorhanden ist. Diese Mehrheit dürfte sogar eine sehr stattliche werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion (in Frage kommen hauptsächlich die christlichen Gewerkschafter), sowie der Polen, Elsässer, Dänen und Welfen gerechnet werden kann. Uebrigens dürften auch etwa 15 Mitglieder der Nationalliberalen mit den Mehrheitsparteien stimmen. Es bestätigt sich, daß die von dem interfraktionellen Ausschuß verfaßte Friedensresolution den Hauptausschuß nicht beschäftigen, sondern als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden soll.

Die große Debatte ist nicht vor Freitag zu erwarten. Heute wird eine Plenarsitzung abgehalten werden. Von der Tagesordnung, auf der Petitionen und der Bericht über die Hauptausschußverhandlungen stehen, werden aber nur die Petitionen verhandelt werden. Außerdem wird der Abg. Spahn nach Vereinbarung mit dem Aeltestenausschuß beantragen, die Vorlagen über den Wiederaufbau der Handelsflotte und die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu beraten. Größere Debatten sollen nicht stattfinden, da beide Gesetzentwürfe an Ausschüsse gehen werden.

*

Aus dem Reichstag wird mitgeteilt:

Eine Entscheidung in der politischen Krise ist noch nicht erfolgt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Klärung der Lage noch im Laufe des heutigen Tages. Die Verzögerung ist dadurch entstanden, daß der Kaiser sich seine Entschließungen vorbehalten hat, bis er Rücksprache mit dem Kronprinzen gehalten habe. Er hat die Meinung geäußert, daß die von der Reichstagsmehrheit gewünschten Neuregelungen so schwerwiegender Natur und so tief eingreifend in das Verfassungsleben sind, daß ihre Wirkungen weit über die eigene Regierungszeit hinausreichen und eine Beratung mit dem Thronfolger notwendig und geboten sei. Der **Kronprinz ist heute früh in Berlin eingetroffen,** und zwar mittelst Sonderzuges über Hannover. Abgeordnete, die in der vergangenen Nacht nach Berlin reisten, mußten in Hannover wegen des Sonderzuges warten.

Ueber die Frage **des Verbleibens des Kanzlers** im Amte gehen die Meinungen nach wie vor sehr auseinander. Immerhin erscheint sein Rücktritt noch keineswegs als gewiß. Die Mehrheitsparteien vertreten noch immer den Standpunkt, daß, wenn er ihre Forderungen restlos erfüllt, seinem Verbleiben im Amte nichts entgegensteht. Allerdings scheint er bisher nur in der preußischen Wahlrechtsfrage vollständig nachgegeben zu haben. Wenn auch in denjenigen Parteien, die ihn und seine Politik bisher gestützt haben, der Gedanke eines Kanzlerwechsels erwogen wird, so deshalb, weil er auf dem Wege zur Parlamentarisierung Hindernisse aufgestellt zu haben

scheint. **Will er mit der Mehrheit des Reichstages einig werden,** so wird er in bezug auf die Parlamentarisierung mehr Entgegenkommen wie bisher zeigen müssen.

Als Kandidat für den Fall eines Kanzlerwechsels wurde heute im Reichstag **Fürst Bülow** genannt. **In den Kreisen der Reichstagsmehrheit hält man aber diese Kandidatur für schlechthin unmöglich.** Die Sozialdemokraten sind seine schroffsten Gegner, auch das Zentrum hat ihm die Zeit der Blockpolitik nicht vergessen. Schrittmacher für ihn sind eigentlich nur die Nationalliberalen. Selbst die Konservativen würden in seiner Wiedereinberufung keine glückliche Lösung sehen. Zwei führende Abgeordnete der Mehrheitsparteien sagen: Steht die Frage so: Bethmann oder Bülow, so würden die Mehrheitsparteien vermutlich einmütig gegen Bülow Stellung nehmen.

*

Weiter wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

In den Wandelgängen des Reichstags hält sich heute auch vorübergehend der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein auf. Irgend etwas Bestimmtes über die Lage der Dinge wußte man freilich auch im Reichstag nicht. Die Behauptung, daß neuerdings innerhalb des Zentrums wieder Meinungsverschiedenheiten eingetreten seien, ist falsch. Man glaubt, daß heute oder morgen nur die Proklamation des Kaisers erscheinen wird, der große Wechsel in den Reichs- und Staatsämtern aber noch einige Tage auf sich warten lassen wird. Die Stellung des Kanzlers hält man nun auch in denjenigen Kreisen, die bisher anders darüber dachten, für stark gefährdet, jedenfalls nicht auf die Dauer haltbar. Selbst wenn Herr v. Bethmann Hollweg die „Parlamentarisierung" machen sollte — so meint man —, werde er nach einigen Wochen oder Monaten doch das Steuer aus der Hand legen.

*

Von dem preußischen Minister des Innern, **Herrn v. Loebell,** war in einigen Blättern gesagt worden, er habe dem Kaiser einen besonderen Vortrag über die innere Lage gehalten. Diese Mitteilung ist schon **amtlich** dementiert worden. Es sollte aus ihr hervorgehen, daß Herr v. Loebell ein Anhänger des Reformgedankens sei. Diese Auffassung ist unrichtig. Herr v. Loebell gehört zu denjenigen Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums, die am schärfsten gegen die sofortige Wahlreform und gegen das gleiche Wahlrecht auftreten.

*

Die Haltung der Parteien.

Die Nationalliberalen gegen den Reichskanzler.

Es ist auffällig, mit welchem Eifer die annexionistischen Kreise in den einzelnen Parteien sich jetzt gegenseitig in die Hände arbeiten, um dem ihnen nicht genehmen Reichskanzler, Herrn v. Bethmann Hollweg, zu stürzen. Man braucht bloß die dahingehende Stimmungsmache in einer großen Anzahl Berliner Blätter vom heutigen Morgen verfolgen. Bezeichnend dafür ist die folgende Mitteilung in der heutigen Morgenausgabe des rechtsnationalliberalen „Deutschen Kuriers", die sich gleichzeitig in mehreren anderen, und zwar alldeutschkonservativen Blättern, unter Zitierung des „Deutschen Kuriers", befindet:

„Gegenüber anders lautenden Nachrichten sind wir in der Lage, einwandfrei festzustellen: Die **nationalliberale Reichstagsfraktion** vertritt nahezu **einmütig** die Auffassung, daß eine glückliche Lösung der gegenwärtigen Krisis nur möglich ist, wenn durch **den Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg** die Freiheit der Entschließung des Kaisers hergestellt wird, auf Grund deren eine neue, nicht mit drückenden Erbschaften belastete Persönlichkeit zur Leitung der politischen Reichsgeschäfte berufen werden kann. In der nationalliberalen Reichstagsfraktion würde man es weiterhin allgemein begrüßen, wenn nach solchem Personenwechsel an entscheidender Stelle auch führende Parlamentarier aus kaiserlichem Vertrauen zur Mitarbeit an der Regierung berufen würden. Man würde das als eine Kriegsmaßnahme willkommen heißen, die der glücklichen Durchführung unseres Daseinskampfes bis zu einem unsere Zukunft wirklich sichernden Frieden dienen kann."

Die linksnationalliberale „Berliner Börsenzeitung" erklärt allerdings auch, daß in den nationalliberalen Kreisen nach wie vor eine starke Strömung gegen den gegenwärtigen Reichskanzler bestehe. Man halte es für unmöglich, daß nach allem, was vorhergegangen sei, es ihm gelingen sollte, zu einer irgendwie haltbaren Verständigung mit dem Reichstage zu gelangen.

Sozialdemokraten als Minister.

Der „Vorwärts", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, erörtert an leitender Stelle eingehend die Möglichkeit der Berufung sozialdemokratischer Abgeordnete zu Ministern und schreibt:

„Sollten Sozialdemokraten in die Regierung eintreten, so müßte mit der Obrigkeitsregierung auch im Prinzip gebrochen werden. Das Gegenprinzip, wonach keine Regierung im Amte bleiben kann, die sich nicht auf das ausgesprochene Vertrauen der Parlamentsmehrheit stützt, müßte theoretisch anerkannt und praktisch durchgeführt werden.

Mit andern Worten: die Sozialdemokraten dürfen sich nicht zu Stützen des bestehenden Systems der Obrigkeitsregierung hergeben, sie sollten sich auch nicht als Zwischenglieder einer Entwicklung einschalten lassen, die stufenweise zum parlamentarischen Regierungssystem hinaufführt. Sondern es müssen **von vornherein klare Verhältnisse geschaffen werden.** Der Einschnitt zwischen der alten Zeit, die abgeschlossen ist, und der neuen, die beginnt, muß für jedermann sichtbar sein.

Die Sozialdemokraten dürfen also keiner Regierung angehören, die eine Obrigkeitsregierung oder ein Mittelding zwischen einer solchen und einer parlamentarischen ist, sondern **nur einer reinen parlamentarischen Regierung.**

Eine Regierung, die mit Hilfe der Sozialdemokratie gebildet ist, muß am Tage ihres Amtsantritts erklären, daß sie nur so lange im Amte bleiben werde, als sie sich auf das ausgesprochene Vertrauen des Reichstags stützen kann.

Eine Regierung, der Sozialdemokraten als Mitglieder angehören, darf aber auch nicht mit den Fehlern und Verantwortungen einer alten Regierung belastet sein. Sie muß das Buch des alten Regimes schließen und ein neues beginnen."

„Die Sozialdemokratie", heißt es dann weiter, „hat sich bisher — trotz allem Gerede von „Regierungssozialismus" — die Freiheit der Kritik der Regierung gegenüber vollständig gewahrt. Das würde in dem Augenblick anders werden, in dem Sozialdemokraten in die Regierung einträten und die Mitverantwortung für ihr Handeln übernähmen. Jede Kritik, die dann an der Regierung geübt würde, müßte auch die Sozialdemokratie treffen." Wir halten diese Entschließung der Sozialdemokraten für selbstverständlich. Der gleiche Standpunkt muß natürlich für alle Parteien gelten.

Das Zentrum und der Kanzler.

Die Stellungnahme des Zentrums zum Reichskanzler ist nicht ganz klar. Während die „Germania" noch gestern abend schrieb, der Kanzler habe nach Auffassung parlamentarischer Kreise keinerlei Veranlassung, von seinem Posten zurückzutreten, drückt sie sich heute morgen in einer auffällig gekennzeichneten Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen weit vorsichtiger aus, indem sie die Frage, ob er im Amte bleibt oder nicht, für sekundär erklärt. Die Zuschrift lautet u. a.:

„Worauf es ankommt, ist zweierlei. Erstens, ob der Kanzler noch in solchem Maße das Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages besitzt, um ihm die Durchführung und Verwirklichung der Reichstagsaktion zu überlassen. Diese Frage ist gegenwärtig noch schwer zu beantworten. Bei den Nationalliberalen scheint dieses Vertrauen nicht in vollem Umfange vorhanden zu sein, wie der Vorstoß Stresemanns im Ausschuß beweist. Die Sozialdemokratie läßt sowohl durch ihre führende Presse wie auch durch ihre führenden Politiker durchblicken, daß sie ihre Stellung zum Kanzler abhängig mache von dem Maße des Entgegenkommens, das er ihren Wünschen bezüglich der inneren Politik entgegenbringt. Das gleiche scheint bei den Freisinnigen der Fall zu sein, doch ist hier die Sympathie für Bethmann Hollweg unstreitig größer. Die Zentrumspartei wird dem Kanzler keine Schwierigkeiten machen, obwohl auch bei ihr der Wunsch besteht, daß er nur dann in seinem Amt verbleibe, wenn er die innerpolitischen Fragen mit Erfolg zu erledigen versteht. Daraus erwächst zweitens die Frage, ob der Kanzler die innerpolitischen Fragen derart zu meistern versteht, daß daraus ein einheitliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung herauswächst. Hier wird der Kanzler seine Entschlußkraft und starken Willen zu zeigen haben. Die Hindernisse, die ihm entgegenstehen, sind zweifellos sehr groß. Vermag er sie nicht aus dem Wege zu räumen, und kommt aus der ganzen Sache **eine unbefriedigende innere politische Halbheit** heraus, so ist seine Stellung unmöglich. Worauf es aber im wesentlichen ankommt, ist, daß der Grundgedanke der Aktion des Haushaltsausschusses bezüglich der Kriegszielpolitik und der inneren Reform eine ordnungsmäßige und sinngemäße Erledigung findet."

Die annexionistischen Zentrumsblätter des Rheinlandes nehmen auffallend scharf gegen den Abgeordneten Erzberger Stellung.

Ein Aufruf an den preußischen Adel.

Der „Kreuzztg." geht folgender Aufruf eines „Preußen aus dem Westen" an den preußischen Adel zu:

„Das Vaterland ist in Gefahr! Gewiß vermögen unsere Feinde dem Schwerte Hindenburgs und seiner Getreuen, dem Wagemute unserer tapferen Blaujacken nicht standzuhalten. Aber, zur ewigen Schmach und Schande muß es gesagt werden, sie finden bewußte und unbewußte Bundesgenossen in solchen, die den deutschen Namen tragen und innerhalb der deutschen Landesgrenzen wohnen. Der Siegeswille des deutschen Volkes wird in dieser schwersten Schicksalsstunde des Vaterlandes, wo man in der ganzen Welt auf seine Vernichtung sinnt, geschwächt, und an den bewährten Grundlagen unseres Staatswesens wird — zur maßlosen Freude unserer Feinde — gerüttelt. Preußen-Deutschland steht vor dem Abgrunde! Wo bleiben in dieser Stunde die Söhne derer, welchen der preußische Staat und damit das gesamte deutsche Vaterland so viel zu verdanken hat? Wo bleibt der preußische Adel? Wäre es nicht jetzt seine Pflicht, das gesamte treue Preußenvolk aus allen Ständen zur Sammlung aufzurufen und zum Widerspruch dagegen, daß das Preußen des großen Friedrich, das Deutsche Reich Wilhelms des Unvergeßlichen und seines großen Kanzlers von der Bildfläche verschwindet? Soll denn das viele kostbare Blut umsonst geflossen sein? Nicht zur Verteidigung von angeblichen oder wirklichen Rechten soll der preußische Adel aufgerufen werden, sondern zur Erfüllung seiner geschichtlich begründeten Pflicht gegenüber dem Vaterlande. Darum noch einmal: „Wo bleibt der preußische Adel?"

Das Echo in der Auslandspresse.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 11. Juli.

Anläßlich der politischen Krise in Deutschland schreibt die „Westminster-Gazette": „Der erste Meilenpfahl auf dem Weg zum Frieden ist, daß die Deutschen zu einer gesunden Kritik erwachen und sich auf sich selbst und ihre Regierung besinnen. Wenn solches stattfindet, ist es möglich, daß die Ereignisse schneller vor sich gehen, als augenblicklich möglich erscheint. Falls eine Stimme von hier das deutsche Volk erreicht, so können wir nicht oft genug wiederholen, daß wir den Krieg nur gegen den Preußianismus führen. Wenn wir auch dem deutschen Volke nicht vorschreiben wollen, wie es sich regieren lassen muß, die Garantien, deren wir am Kriegsende bedürfen, würden weit schwerer zu erreichen sein, wenn wir mit einem nichtreformierten Preußen zu unterhandeln hätten, als wenn wir mit einem freien Deutschland, auf das wir vertrauen könnten, sprächen."

Haag, 11. Juli.

Aus London wird berichtet: „Daily Mail" schreibt: „Was geht in Deutschland vor? Und was bedeuten diese Vorgänge?" Sie beantwortet diese Fragen wie folgt: „Wir wissen es nicht und es interessiert uns auch nicht; die Vorgänge im Reichstag und die sogenannte Krisis haben für uns wenig Bedeutung, denn wir wissen, daß die Deutschen Meister darin sind, politische Komödien zu inszenieren und damit die öffentliche Meinung im Ausland zu täuschen. Wir haben Zeit, in aller Ruhe abzuwarten, was sich aus all den gemeldeten Vorgängen ergeben wird."

Bern, 10. Juli. (W. T. B.)

Der „Temps" erwartet gespannt die Rückwirkung, die die innerpolitische Krise Deutschlands in Wien und Konstantinopel haben wird und führt darüber aus, daß der Bund der Mittelmächte auf der militärischen Kraft Deutschlands, dessen Finanzkredit und politischem Prestig beruhe. Der Bund müsse daher an dem Tage, wo Deutschland, das seinen Verbündeten den Krieg zeigen sollte, selbst einen neuen Weg suche, eine Krise durchmachen.

Das Ungeheuer.

Von [Nachdruck verboten.]

Arnold Höllriegel.

Bozen, im Juli.

Die Heinrichs-Promenade am grünen Abhang des Gutschnabergs in Gries ist wundervoll südlich; besonders im Krieg, da keine dicken Spießer dort Verdauungsspaziergänge machen. Man geht ganz langsam zwischen Rosenlorbeeren und Kakteen bergan; man hat gegenüber das unwahrscheinliche Dolomitengezack des Rosengartens; man kann sich fürstlich auf ragenden Thronbänken ausbreiten und auf die deutsche Südstadt Bozen blicken; auf Giebelhäuser und grüne Reben.

Aber es ist einsam. Die Gutschnabergbahn geht nicht; und die dicken Spaziergänger fehlen einem doch; als hätten ihre unterdes selig verstorbenen Bäuche lauter Löcher in der Luft hinterlassen.

Oder es ist diese Unruhe, die man jetzt nie loswird. Ich faß mit meiner Pfeife auf der Bank und mochte das Alpenglühen nicht sehen.

Auf einmal finde ich, daß ich gar nicht allein bin. Eine von den wundernetten grünen Eidechsen des Südlandes liegt vor mir auf dem Kiesweg und genießt die Abendsonne. Es ist zum Aufschreien — vor Sehnsucht. Wie viele besonnte Mauern und weiße Ufer gab es einst in einer schöneren freieren Welt; und diese Eidechsen huschten hin und her; und man war so glücklich!

Ich sehe die Eidechse an und freue mich, weil sie so klein und zierlich schön ist. Sie hat keine Angst vor mir; liegt ganz ruhig vor meiner Fußspitze und macht nur manchmal einen neckischen kleinen Huscher, hierhin, dorthin, und wippt mit dem Schwanz.

Nach einiger Zeit sehe ich, daß diese kleinen Ausflüge mit einer gewissen Regelmäßigkeit unternommen werden. Einen Meter weit von meinem Fuß liegt ein besonnter Stein, um ihn herum ist ein Gewimmel der winzigsten roten Ameisen, die es nur geben kann; ein wirbliger, nervöser, kleiner Haufen. Auf ihn schießt meine Eidechse von Zeit zu Zeit los, schnellt die kleine Zunge vor, erwischt eine einzelne Ameise und kommt zu meiner Schuhspitze zurück, um den Raub langsam zu verzehren. Ohne besondere Gier, in gemessenen Abständen, wiederholt die Eidechse den Ueberfall. Es ist, wie wenn ein Mensch lässig an einem Dessert knabbert.

Die Ameisen wimmeln weiter, tragen ihre kleinen Lasten, sonnen ihre Brut. Es scheint fast, daß sie das Verhängnis gar nicht bemerken. Die zierliche, kleine, grüne Eidechse müßte diesem mikroskopischen Volk wie ein gräßliches, riesiges Ungeheuer vorkommen; wie ein richtiger Drachen. Er ist da, pickt sich seine Opfer heraus, es gibt dagegen keinen Kampf und Widerstand. Ich traue einem Ameisenhaufen jede Art von Zivilisation zu; vielleicht drucken sie Verlustlisten. Vielleicht fallen diese herausgepickten kleinen Opfer für eine höhere Idee und man setzt ihnen Sandkörner als unvergängliche Denkmale. Dieses Ausharren und Weiterarbeiten im Angesicht des mordenden Ungeheuers ist unverkennbar heroisch. Der große Drache mordet; brave kleine Wesen sorgen dennoch weiter für die junge Brut, für die Zukunft der Nation. Einem nur unwesentlich größeren Ameisenhaufen — was sind relative Größen? — geht es gerade so; dem Haufen, in dem auch ich herumwimmle.

Ich war gestern im Suganatal, an der Front. Ich habe in den wimmelnden Haufen das unerklärliche Verderben einschlagen gesehen; gesehen, wie der ungeheure geheimnisvolle Drache sich seine Opfer pickte.

Ich fühle mich solidarisch mit den roten kleinen Ameisen. Ich tue jetzt etwas ganz lächerlich Sentimentales, hebe meinen Stock und verjage die kleine grüne Eidechse, die ich vorhin so geliebt habe. Sie purzelt entsetzt den Hang hinab, daß der kleine Schwanz durch die Luft wirbelt. Ich bin für den Ameisenhaufen ein rettender Gott in einer gütigen Laune; vielleicht haben sie alle zu mir gebetet.

Ich sitze auf der Bank und sehe in mein wunderbares österreichisches Land hinein; und habe so ein tolles Sehnen, so ein wildes Begehren nach einem großen fremden Gott, daß er doch käme, einen gigantischen, transzendentalen Stock erhöbe, und ein schweifwackelndes Ungeheuer über unsere Berge hinabstürzte, das uns so grauenhaft belauert und zermordet. Ich weiß, es ist nicht zu verlangen; warum sollten Götter denn lächerliche, sentimentale Launen bekommen? Vielleicht lieben sie winzige, huschende Eidechsen auf einem besonnten Weg. Aber gerechte, große Götter sind auf die Dauer unsympathisch, wenn sie nicht manchmal zur Abwechselung sinnlose, gütige Launen haben.

Z Tschechische Unversöhnlichkeit. Aus Wien telegraphiert unser Korrespondent: Der Ausschuß des Prager tschechischen Nationaltheaters hat an den tschechischen Komponisten Karl Weis das Ersuchen gerichtet, er möge von der Aufführung seiner neuen Oper „Bojarenhochzeit" nach dem Schauspiel „Die Hochzeit von Valeni" von Ganghofer und Brociner absehen, weil der Name Ganghofer nicht bloß die Oper, sondern auch ihn schädigen würde. Er möge daher warten, bis sich die Verhältnisse geändert hätten. Weis antwortete mit dem Hinweis auf die Anerkennung, welche tschechischen Komponisten in Deutschland entgegengebracht worden ist. Er habe einen deutschen Text komponiert, weil **er kein brauchbares tschechisches Buch gefunden habe.**

Gerhart Hauptmann an Max Liebermann.

Zum siebzigsten Geburtstag Max Liebermanns widmet Gerhart Hauptmann dem Meister eine Huldigung, die das dieser Tage erscheinende Liebermann-Heft von „Kunst und Künstler" veröffentlicht. „Liebermanns Geburtstag, so schreibt Gerhart Hauptmann, ist ein festliches Datum im Kalender der deutschen Malerei. Das Lebenswerk des Meisters ist ein Besitz von unvergänglichem Wert. Es ist Gemeingut der Gebildeten und von so vielen berufenen Federn gewürdigt, daß es sich erübrigt, hier näher darauf einzugehen. Dem von malerischen Theorien und kunsthistorischen Subtilitäten unbeeinflußten Auge bietet es sich als ein lebendiger Zweig der niederländischen Tradition. Dabei wirkt es vorbildlich durch seine Selbständigkeit und Geschlossenheit. Es bezeichnet den Weg eines Mannes, dessen Schritt und Auge gleich unbeirrbar ist. Es ist der Natur gegenüber immer gleich objektiv, und das Subjektive an ihm ist nur mit der geübten Kunst identisch. Diese beeinflußt keine gute noch üble Laune, keine Vorliebe oder Abneigung für den Gegenstand. Zieht man das Werk Adolf Menzels zum Vergleich heran, so wirkt es gegen das Liebermanns unruhig. Es bewegt sich von der äußersten Subjektivität zur äußersten Objektivität vor der Natur. Es enthält Niederschläge von Heiterkeit, galligen wie boshaften Humoren, historischen und genrehaften Neigungen und experimentellen Tendenzen aller Art. Mitunter unterliegt es Einflüssen, die es bis zur Unkenntlichkeit umwandeln. Vornehmlich darum, und nicht um seines ungeheuren Reichtums willen allein, ist es als Einheit nicht zu fassen, während das Werk Max Liebermanns sich geschlossen und übersichtlich darbietet. Außer dem immer gleichen Affekt zur Kunst ist keinem darin das Wort verstattet.

Betrachtung ist ihrem Wesen nach passiv und um so tiefer, je freier von Leidenschaft sie ist. Diese Betrachterruhe ist es, die Liebermanns Bilder auszeichnet. Diese Betrachterruhe ist ihr Stil. Die große, unumgängliche Aktivität der Kunstübung beeinträchtigt diese Ruhe nicht. Sie ist im Eigenleben des fertigen Werkes vollständig untergegangen. In diesem ist es von größtem Reiz, die Zartheit zu spüren, die Behutsamkeit, mit der das Objekt zugleich berührt und unversehrt erhalten wird. Will man wissen, bis zu welcher Höhe die Kunst des Meisters führt, so sehe man etwa die „Frau mit den Ziegen" in der Münchener Pinakothek oder atme die Luft im Bilde der „Netzeflickerinnen", dem Stolz der Hamburger. Aber man sehe vor allem auch Liebermanns unübertroffene Zeichnungen. Er zeichnet, ungleich Menzel, übrigens niemals eigentliche „Studien". Bei solchen setzt Menzel meist Handwerk an Stelle der Kunst und betrachtet mit trockener Sachlichkeit. Dazu ist Lieber-